



Landesseniorenvertretung Berlin, Parochialstr. 3, 10179 Berlin

## **Protokoll 22. LSV-Plenum**

Termin: 24.07.24; 10-12 Uhr

Ort: Rathaus Neukölln

Anwesend: 10 Bezirke

Gäste: Herr BzStR Rehfeldt, Herr Puschmann (Seniorenbeirat Brandenburg), Herr Tepe und Herr Lukas (Initiative BaumEntscheid)

### **Top 1: Begrüßung, Beschluss über die Tagesordnung**

Herr Bender begrüßt die Anwesenden; die TO wird bestätigt

### **Top 2: Begrüßung durch den Bezirksstadtrat Hannes Rehfeldt**

Herr BzStR Rehfeldt stellt die Abt. Gesundheit und Soziales kurz vor. Die Personalsituation im Gesundheitsamt ist zu konsolidieren, damit die Präventionskette funktioniert. Die Seniorenfreizeitstätten werden ehrenamtlich geleitet, 2 Stellen für hauptamtliche Leitungen sind geplant. Er verteilt den aktuellen Hitzeschutzplan für Neukölln zum Schutz der Gesundheit, u.a. mit kühlen Räumen und Trinkbrunnen.

### **Top 3: Vorstellen der Initiative Baum Entscheid**

Der von der Initiative erstellte Entwurf des Bäume Plus-Gesetzes und dessen Begründung wurden mit der Einladung verteilt. Frau Kannenberg begrüßt die Vertreter und bittet um Vorstellung des Vorhabens. Herr Tepe nennt sein Motiv, dass die wachsende Zahl der Hitzetoten in Europa langfristige Maßnahmen für den Mindestschutz von und mit Straßenbäumen erfordert. Herr Lukas stellt den Gesetzentwurf vor, der durch einen Volksentscheid in 2026 auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gesetzt werden soll. Dafür ist ein Volksbegehren mit mehr als 170 000 Unterschriften in 4 Monaten die Voraussetzung. Zielorientierte Debatten sollen Handlungsempfehlungen und Strategien der Verwaltung anregen. Der Gerechtigkeitsansatz erfordert, Hitzeviertel zu identifizieren, für die ein Hitzeanpassungsprogramm besonders dringend ist (thermische, Luft-, Lärm- Belastungen, mangelnde Grünflächen, soziale Benachteiligungen).

Das langfristige Ziel – auf 5460 Straßenkilometern alle 15m mindestens einen Straßenbaum (mit Baumscheibe) wachsen zu lassen und für alle Einwohnerinnen eine max. 500m entfernte Grünfläche von 1 ha vorzuhalten, erfordert die Lösung zahlreicher Zielkonflikte zwischen den Verkehrsteilnehmenden.

Einzelne Aspekte wurden in der Diskussion vertieft.

Die Initiative Baumentscheid sucht Bündnispartnerschaften. Die LSV als Interessenvertreterin der am meisten betroffenen Bevölkerungsgruppe wäre wichtig.

Die Präsentation und der Letter of Intent für die Bündnispartnerschaften wurde im Nachhinein zugeschickt. Ein Beschluss dazu soll in der nächsten LSV-Sitzung gefasst werden.

#### **Top 4: Zur Kenntnisnahme des Jahrestätigkeitsberichtes 2023**

Der Jahrestätigkeitsbericht 2023 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

#### **Top 5: Bericht des Vorstandes**

Herr Bender berichtet über die AG Koordinierung und die AG Novellierung des BerlSenG.

#### **Top 6: Verschiedenes/ Aktuelles**

Herr Puschmann berichtet, dass die Forderung nach Inflationsausgleich für Rentner:innen vom Seniorenbeirat an den Brandenburger Ministerpräsidenten herangetragen wurde – wie auch in der BAG LSV thematisiert - eine unterstützenswerte Forderung.

Herr Gellert weist auf die Tarifabschlüsse der Gewerkschaften hin und dass nicht alle Arbeitnehmer den Inflationsausgleich erhalten haben oder erhalten.

Herr Pohl (SV Tempelhof-Schöneberg) mahnt den Dialog- und Beteiligungsprozess zum Altenhilfestrukturegesetz auf der Bezirksebene an (es ginge ihm um die bisher nicht beteiligten 7 Bezirke).

Die Beteiligung der Bezirke halte er aus zwei Gründen für notwendig und wertvoll. Zum einen können damit die Besonderheiten in den bezirklichen Strukturen herausgearbeitet werden. In Tempelhof-Schöneberg ist zum Beispiel die Beratungsinfrastruktur weitgehend zentral organisiert und nicht dezentral, wie es erforderlich wäre.

Zum anderen bedeutet die Aktivierung von etwa 50 Beteiligten aus dem politischen und fachlichen Publikum neben der Verwaltung einen bedeutenden Schritt hin zur Organisation einer breiten Unterstützung des Gesetzentwurfes zum § 71 SGB XII. Stattdessen wurde im letztem Newsletter „konkretisiert“, lediglich die Verwaltung zu beteiligen. Damit organisiere man keine breite Unterstützung für den Gesetzentwurf.

Das Vorhaben der BVG, die Barzahlung in Bussen abzuschaffen wird hinsichtlich der Verbändebeteiligung hinterfragt. Entscheidend sei, dass das Aufladen der BVG-Guthabekarte für Ältere in Wohnortnähe möglich sei.

Nächstes LSV-Plenum am 25. September 2024 in Reinickendorf.

F.d.P.: G. Grunwald